

Satzung der Gemeinde Ostseebad Laboe

über die Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 39 für das Gebiet „östlich der Hafenstraße, südlich des Steinkampberges und nördlich der Rosenstraße“

Der Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Laboe hat in der Sitzung am 11.11.2008 die Aufstellung des oben näher bezeichneten Bebauungsplanes Nr. 39 beschlossen. Es liegt eine konkrete Bauvoranfrage vor, die eine massive Bebauung in einem für die Gemeinde Laboe ortsplanelrisch sehr wichtigen Bereich am Steinkampberg/Hafenstraße vorsieht. Im weiteren Verlauf auf dem Grundstück der ehemaligen Holzhandlung wären aufgrund der derzeitigen Lage weitere Baumöglichkeiten vorhanden. Um hier eine städtebaulich zum Ort passende Entwicklung sicherstellen zu können, sind verbindliche Regelungen für die Bebauung über einen Bebauungsplan zu schaffen.

Zur Sicherung der Planung in dem von der Aufstellung betroffenen Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 39 wird erstmalig gem. §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und nach Beschlussfassung durch den Bau- und Umweltausschuss vom 11.11.2008 folgende Satzung über die Veränderungssperre des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 39 der Gemeinde Laboe erlassen:

§ 1

1. Zur Sicherung der Planung im Bereich des von der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 39 betroffenen Gebietes wird eine Veränderungssperre angeordnet.
2. Das durch die Veränderungssperre betroffene Gebiet ist in einer Übersichtskarte im Maßstab 1:1000 durch schwarze Umrandung gekennzeichnet. Die Karte ist als Anlage Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

In dem Gebiet der Veränderungssperre dürfen

- a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB sind die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs sowie Ausschachtungen und Ablagerungen einschließlich Lagerstätten.
- b) erhebliche oder wesentliche Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungspflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

§ 3

1. Wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann im Einzelfall von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten zulässigen Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Diese Satzung tritt an dem auf die Bekanntmachung folgenden Tage in Kraft. Sie tritt am ~~24.01.2009~~ außer Kraft.

24235 Laboe, den 08. Januar 2009

K. Niekemig
Gemeinde Ostseebad Laboe
Die Bürgermeisterin



